

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ralf Stadler

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Gisela Sengl

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten I: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf Landesebene stärker in den Fokus nehmen (Drs. 18/20541)

und

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten II: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf EU-Ebene stärker in den Fokus nehmen (Drs. 18/20542)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme an, dass Sie genauso wie ich und wir alle recht früh nach Hause wollen. Je ruhiger wir uns verhalten, desto schneller ist die Sitzung beendet. Das gilt zum Beispiel für diesen Bereich, der ein wenig Ruhe organisieren könnte, aber auch hier hinten. – Damit rufe ich den ersten Redner auf: Herrn Abgeordneten Stadler, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Stadler, Sie haben das Wort, und das Plenum hört Ihnen aufmerksam zu.

(Zuruf von der CSU: Das würde mich wundern!)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Vizepräsident, werte Abgeordnete! Bayern ist auch ein Agrarland, und das soll es auch bleiben. Land- und Forstwirtschaft erzielen fast 15 % der Gesamtumsätze der bayerischen Wirtschaft, und das ist gut so. Noch

zur Jahrtausendwende gab es in Bayern 150.000 Höfe, doch jetzt sind es nur noch 84.600 Höfe. – Kein Wunder, angesichts der dauernden Gängelungen und des zunehmenden Bürokratismus. Aber der Biolandwirtschaft und der Energiewirtschaft wird fleißig das Geld in den Hintern gesteckt. Ein Drittel der hiesigen Maisernte landet heute schon im Biogastank statt im Futtertrog.

Wer nach den Verantwortlichen für diese Entwicklung in der Landwirtschaft fragt, landet unweigerlich bei dem parlamentarisch organisatorischen Umweltirrsinn der GRÜNEN. Ex-Umweltminister Jürgen Trittin hat ja schon 2005 den Biosprit als Kraftstoff für unsere Zukunftsfähigkeit bejubelt, und die nordrhein-westfälische Windturbine Bärbel Höhn ging sogar so weit, die Förderung von Bioenergie zu einer Frage der nationalen Sicherheit zu machen, weil Öl ein Rohstoff sei, um den immer wieder Kriege geführt werden. – Ja glauben Sie im Ernst, dass wir mit dem deutschen Biogas den Weltfrieden retten? Wer jetzt allerdings eine Entschuldigung der Verantwortlichen oder wenigstens ein Eingeständnis erwartet hätte, dass man sich mit seiner Bioplanwirtschaft übernommen hat, der kennt die Verursacher schlecht.

Bei Weitem besser haben es da die österreichischen Bauern. Da wird überwiegend regional gewirtschaftet und zu fairen Preisen verkauft. Da ist die Landwirtschaft noch für das zuständig, was auf den Tisch kommt, und nicht für das, was aus der Steckdose kommt. Dadurch schaffen es in Österreich auch kleinere Betriebe noch, zu überleben.

In Bayern gibt es zwar auch spezielle Förderungen, wie zum Beispiel das Programm BioRegio Bayern. Auch bei uns gibt es viele kleine konventionelle Betriebe, die vorbildlich wirtschaften und damit ihrer Verantwortung für die Umwelt und für künftige Generationen gerecht werden, nur dass sie vielleicht nicht immer das Geld haben, um teures Biofutter zuzukaufen, aufwendige Maßnahmen für Biozertifizierung zu durchlaufen oder gänzlich auf Pflanzenschutzmittel zu verzichten; von der zunehmenden Bürokratie ganz zu schweigen.

Deshalb fordern wir, die Förderkulisse BioRegio Bayern für alle Betriebsformen, konventionell wie ökologisch, zugänglich zu machen. Dabei wollen wir vor allem kleinere Betriebe stärken, die sich durch einen geringen Viehbesatz auszeichnen, der eine Überdüngung der Böden ausschließt. Darüber hinaus soll eine gewässerschonende Stickstoffbilanz sowie eine Fruchtfolge gewährleistet werden, die Monokulturen ausschließt.

Durch unsere Vorschläge könnten zahlreiche weitere Kleinbauern von zusätzlichen Fördermitteln profitieren und so ihre Betriebe erhalten. Deshalb wollen wir die Staatsregierung dazu auffordern, sich auch über die Beteiligung beim deutschen GAP-Strategieplan hinaus auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass ortsansässige kleinbäuerliche Landwirtschaftsbetriebe eine zusätzliche strukturelle Förderung erhalten.

Die AfD wirkt, auch wenn Sie all unsere Anträge ablehnen, um sie später als eigene zu verkaufen. Wir, die AfD, wollen unserer heimischen Landwirtschaft wieder auf die Beine helfen, um das Essen auf unseren Tellern sicherzustellen. Und nur darauf kommt es letztlich an. Das sollte Ihnen insbesondere vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise, die auch eine Nahrungsmittelkrise ist, zu denken geben.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Thorsten Schwab.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles von diesem Redebeitrag hat mit den beiden Anträgen überhaupt nichts zu tun gehabt. Da muss man sich schon wundern. Hier wurden ja Anträge zur Abstimmung gestellt; in diesen Anträgen stand aber überhaupt nichts von Energiepolitik und sonstigen Dingen.

Zu den Anträgen, die von der AfD-Fraktion ins Plenum hochgezogen worden sind. Alle Anträge werden im Landwirtschaftsausschuss eingehend beraten. Auch diese Anträge sind dort natürlich beraten worden, und sie sind abgelehnt worden.

Im ersten Antrag geht es darum, das Programm BioRegio Bayern auf konventionelle Landwirtschaftsbetriebe auszuweiten. Das Problem bei diesem Antrag ist ganz einfach, dass BioRegio Bayern kein Förderprogramm ist, sondern ein Konzept – ein Konzept, wie man in Bayern 30 % Ökolandbau bis 2030 erreicht. Es will Rahmenbedingungen schaffen, um die landwirtschaftlichen Betriebe zu einer anderen Bewirtschaftungsweise zu veranlassen. Wenn kein Förderprogramm vorhanden ist, kann man es natürlich auch nicht in andere Förderprogramme aufnehmen, umleiten und anders gestalten. Das funktioniert einfach nicht. Man kann also nicht etwas auf konventionelle Landwirtschaftsbetriebe ausweiten, das kein Förderprogramm ist. Das funktioniert rein technisch nicht. Deshalb müssen wir den Antrag ablehnen; denn das haut so einfach nicht hin. Dieser Antrag ist schlecht gemacht.

Der zweite Antrag fordert, die Staatsregierung solle sich auf EU-Ebene für ortsansässige und kleinbäuerliche landwirtschaftliche Betriebe einsetzen. – Das ist ja gerade die Kernaussage der CSU-Landwirtschaftspolitik. Wir setzen uns für kleine und kleinere landwirtschaftliche Betriebe ein. Wenn man auf EU-Ebene etwas erreichen will, dann muss man das dann einbringen, wenn es um die Gemeinsame Agrarpolitik auf EU-Ebene geht. Diese EU-Agrarpolitik ist auf Bundesebene und auch auf EU-Ebene bis 2023 beschlossen. Es ist also reichlich spät, jetzt noch einmal zu kommen, da die GAP auf EU-Ebene beschlossen ist. Die CSU hat ihre Forderungen durchgesetzt. Die Umverteilung auf die ersten Hektare war gerade die Kernforderung der CSU. Das wurde deutlich erhöht. Den Betrieben bis 60 Hektar kommt jetzt einiges zugute, nämlich bis 40 Hektar ein Plus von 70 Euro Förderung pro Hektar und bei Betrieben von 41 bis 60 Hektar ein Plus von 40 Euro pro Hektar. Ein CSU-Ziel in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, dass die kleinen Betriebe besser gefördert werden, ist also erreicht.

Daneben gibt es noch Agrarumweltprogramme. Ab 2023 können nun auch kleine Feldstücke ab einem Hektar gefördert werden.

Im Prinzip ist also alles, was die AfD fordert, nämlich uns auf EU-Ebene einzusetzen, nicht nur schon passiert, sondern es ist auf EU-Ebene sogar schon beschlossen. Deswegen lehnen wir auch den zweiten Antrag der AfD ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Stadler, AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Schwab, Sie reden sich immer so schön heraus, indem Sie sagen, dass es auf EU-Ebene beschlossen ist. Wenn es sich einmal um einen Fehlkurs handelt, heißt es einfach, dass es beschlossen ist, und dann wird das auf Biegen und Brechen durchgezogen. Die kleinbäuerlichen Betriebe gehen den Bach runter. So geht es doch nicht. Das kann man doch nicht so machen. Wenn Fehler gemacht werden, macht man doch einen Rückzieher und schaut, dass es wieder richtig gemacht wird. Oder möchten Sie das jetzt einfach so durchziehen und jedes Mal sagen "Das ist auf EU-Ebene beschlossen worden"? Unliebsame Sachen werden einfach auf die EU abgeschoben, und dann hat sich das?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Schwab, bitte.

Thorsten Schwab (CSU): Anträge werden nicht besser, wenn sie vom Ausschuss ins Plenum hochgezogen werden. Wir haben schon im Ausschuss darüber diskutiert und diskutieren jetzt wieder darüber. Ich habe gerade erklärt, dass wir uns für die Dinge, die auch von der AfD gefordert werden, einsetzen, dass die kleinen Betriebe besser gefördert werden. Das ist gerade durch die CSU eingebracht worden, damit es bei der Gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene berücksichtigt wird. Das ist doch eine gute Sache, und man kann doch nicht behaupten, das ist alles Mist. Das ist eine wesentli-

che Verbesserung gegenüber dem Stand vorher. Es ist Sache der Staatsregierung, dass es einen Erfolg gibt. Das muss die AfD auch mal akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schwab. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Gisela Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge sind einfach unglaublich schlampig gemacht und fachlich völlig inkompetent. Ich glaube, ihr habt bis heute noch nicht kapiert, was eigentlich biologischer Landbau bedeutet, wenn ihr tatsächlich sagt – jetzt muss ich zwar die Staatsregierung verteidigen, aber das BioRegio-Programm ist wirklich gut –: Das geben wir jetzt allen Betrieben, denn uns ist es wurscht, welche Grundlagen dabei sind. – Ihr habt euch einfach noch nie Gedanken darüber gemacht, was das für ein Programm ist.

Biologischer Landbau ist eine gesetzliche Regelung, der die EU-Öko-Verordnung zugrunde liegt. Die Betriebe, die sich daran beteiligen wollen, müssen sich daran halten. Außerdem geht es bei dem Programm nicht um Zahlungen an einzelne Betriebe, sondern es ist so, wie Kollege Schwab es gesagt hat: Bei dem Konzept geht es um Vernetzung, um Absatzförderung, um Forschung, die Förderung der Ausbildung usw. Es ist ein sehr gutes Programm.

Wenn kleine konventionelle Betriebe mitmachen wollen, müssen sie halt auf ökologischen Landbau umstellen. Diese Umstellung wird auch noch gefördert. Es gibt nämlich eine Pauschalzahlung als Zuschuss für die Kontrollkosten für ökologischen Landbau, für Zertifizierungskosten usw. Es gibt also alle Möglichkeiten, diese Betriebe dazu zu bringen, dass sie vielleicht auf Ökolandbau umstellen, weil es natürlich gerade für kleine Betriebe sinnvoll ist, kleine Struktur und Ökolandbau sehr gut zusammenpassen. Man erzeugt eine gute Qualität, für die man auch bessere Marktpreise bekommt.

Der zweite Antrag ist das Gleiche; ich kann es nur wiederholen: Es gibt die Umverteilungsprämie. Ich habe immer das Gefühl, ihr lest einfach gar nichts, was in der Landwirtschaftspolitik gemacht wird. Ihr plappert irgendetwas daher. Die Umverteilungsprämie gab es schon in der jetzigen EU-Förderperiode, und sie wurde jetzt noch einmal erhöht. Um die genauen Beträge zu nennen: Es sind 69 Euro pro Hektar bei den ersten 40 Hektar und 41 Euro pro Hektar zwischen 41 und 60 Hektar. Das finde ich gut. Man kann natürlich immer sagen, dass man noch viel mehr fördern müsste, aber dass es nichts gibt, stimmt einfach nicht. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ihr versucht, euch der Bauernschaft anzudienen. Die bayerische Bauernschaft lässt sich aber nicht für dumm verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Herr Stadler hat eine Zwischenbemerkung und jetzt das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Frau Sengl, was ist denn mit Ihnen los? Sie müssen sich mal die Ohren waschen. Haben Sie nicht mitbekommen, was ich gesagt habe? Das BioRegion-Programm Bayern soll auch die kleinbäuerlichen konventionellen Betriebe unterstützen. Ich habe nicht gesagt, dass es schlecht ist. Sie müssen mir schon ein bisschen zuhören.

(Lachen)

Es geht um die kleinbäuerlichen Betriebe, die nicht mehr wissen, wo hinten und wo vorne ist. Sie haben ja nur noch Bio im Kopf; das ist bei Ihnen das Problem.

(Lachen)

Denken Sie mal darüber nach.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie haben das Wort, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich glaube, Sie wissen nicht mehr, wo hinten und vorne ist. Sich die Ohren zu putzen, täte anderen Leuten vielleicht auch ganz gut; das ist ja schon fast lustig.

(Heiterkeit)

Sie haben mir einfach nicht zugehört. Ihr kapiert einfach nicht, worum es geht. Es tut mir leid: Man kann es euch auch nicht erklären; es ist eigentlich alles sinnlos. Die Anträge sind abgelehnt worden. Ich finde es auch ein bisschen problematisch, dass das immer wieder hochgezogen wird. Ihr bringt keine neuen Argumente. Ich verstehe nicht, warum.

(Zuruf)

Wir hätten auch schon im Ausschuss konstruktiver darüber reden können, aber konstruktiv reden kann man vor allem, wenn die Anträge gut geschrieben, fachlich kompetent und fundiert sind. Das kann man von diesen Anträgen wirklich nicht sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sengl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Leopold Herz für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Anträge liest, könnte man zunächst eine gewisse Sympathie entwickeln: Wer kann gegen kleinbäuerliche Landwirtschaft sein? – Ich glaube, da sind wir uns einig, aber wie bekannt steckt der Teufel häufig im Detail.

Damit sind wir schon beim Thema, wenn ich den Antrag zur EU-Agrarpolitik betrachte: Es wurde bereits erwähnt, dass wir die Beschlüsse schon gefasst haben; 2023 beginnt die neue Periode. Ich freue mich, dass einige Kollegen dabei sind: Der Aus-

schuss fährt demnächst nach Brüssel und hat die Gelegenheit, den Politikern dort die Probleme nahezubringen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Termin.

Ich darf es nur kurz ansprechen: Wir haben ja bereits die – ich nenne es mal – Versuche gehabt, die ersten Hektar zu fördern. Das sind zwar – in Anführungszeichen – nur 1.920 Euro pro Jahr, aber psychologisch ist das schon ein sehr wichtiger Betrag. Es wurde eben erwähnt: Für die neue Periode sind neue Beträge festgesetzt worden.

Zum zweiten Antrag zu BioRegio. Die Kritik, dass die Konventionellen gefördert werden sollen, kann man insofern entkräften, als wir bis 2030 30 % Bio beschlossen haben. Das ist nicht das typische Förderprogramm, sondern einfach ein Programm, um für die konventionellen Betriebe Anreize zu setzen. Wenn man ins Detail geht, müssen wir die Anträge ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Stadler liegt vor; bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Bitte schön.

Ralf Stadler (AfD): Lieber Leo, es gibt Leute, die drehen sich wie ein Fähnchen im Wind, und es gibt Leute, die muss man festbinden, damit sie nicht wegwehen. Weißt du noch, wie wir den Antrag zur Anbindehaltung für die Kleinbauern usw. eingebracht haben? Du hast davon geschwärmt, traust dich aber nicht, mutig zuzustimmen. Dann heißt es immer wieder: Toller Antrag, aber wir sind dagegen. – Ist das die Hilfe der FREIEN WÄHLER für die kleinbäuerlichen Betriebe? Kann man nicht einmal Flagge zeigen, über Parteigrenzen hinwegsehen und sagen "Der Antrag passt; wir stimmen zu"? Oder habt ihr Angst, dass ihr von den Kollegen geschlagen werdet? Das fällt ja schon auf.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Ralf Stadler, bei der Anbindehaltung schwärme ich nach wie vor dafür, dass wir besonders die Betriebe mit Weidegang erhalten müssen. Ich bleibe bei dieser Position.

Zum Zweiten. Es ist natürlich nicht ganz einfach, in dieser großen EU die Belange jedes einzelnen Landes zu berücksichtigen; da gibt es sicher Probleme bei den Betrieben. Wir müssen zunächst definieren, was ein kleinbäuerlicher Betrieb ist. Vor allem müssten wir der Gesellschaft in der Diskussion erläutern, dass Landwirtschaft kein Zoo ist, sondern harte Arbeit dahintersteckt und die Leute davon ihre Existenz bestreiten müssen. Das wäre eine längere Diskussion, aber die Antworten auf diese Anträge sind schon gegeben worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herz. – Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 10 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion auf.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft liegt uns als Bayern-SPD-Landtagsfraktion sehr am Herzen. Denn wir wissen, dass sich jeder siebte bayerische Arbeitsplatz vor- und nachgelagert in der Landwirtschaft befindet. Zudem sind es gerade die bäuerlichen Familienbetriebe, die sich im Ehrenamt engagieren, die das Dorfleben bereichern und zum Beispiel bei der Direktvermarktung die Wertschöpfung vor Ort halten und unsere Kulturlandschaft pflegen. Dafür möchte ich Ihnen heute bei dieser Gelegenheit danken.

Wenn wir den Strukturwandel und damit das Höfesterben aufhalten wollen, müssen wir unsere bayerische Landwirtschaft nachhaltig, sozial und gerecht gestalten. Wir als SPD wollen eine Landwirtschaft, die gesund ist für die Erzeuger, für die Tiere, für die Umwelt, für die Verbraucherinnen und für die Verbraucher.

Wenn wir Landwirtschaft als grünes Fundament unserer Politik begreifen und auf mehr Bio und Direktvermarktung setzen, dann haben die kleinbäuerlichen Familienbetriebe eine gute Existenzgrundlage. Darauf sollten wir unsere bayerische Politik ausrichten, und deshalb lehnen wir die Anträge der AfD heute ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Christoph Skutella das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Leo Herz spricht davon, dass man hier gewisse Sympathien für die Anträge entwickeln kann. Dem kann ich nur hinzufügen: Ja, aber nur, wenn man nur die Überschrift liest. Wenn es weitergeht, dann hört es mit der Sympathie auf.

(Beifall bei der FDP)

Ich halte die Anträge sogar für eine Unverschämtheit gegenüber jedem, der sich wirklich mit Agrarpolitik befasst und sich ernsthaft für die Landwirtschaft in Bayern und für die landwirtschaftlichen Betriebe einsetzt. Die Anträge der AfD brechen die Komplexität der europäischen Agrarpolitik komplett herunter auf einfache Parolen, auf einfache Ideen, auf einfache, schnelle Förderprogramme, die man hinklatscht. Das ist weder nachhaltig, noch ist das zukunftsorientiert. Bei so etwas würden wir nicht mitmachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es sich im ersten Antrag um kein Förderprogramm handelt, das man mit irgendwelchen Kriterien, die Sie sich irgendwie zusammengesponnen haben, ergänzen kann, das wurde schon seitens der CSU festgestellt. Wir haben auch wahrlich andere Herausforderungen, sowohl in Bayern als auch in Deutschland als auch in der EU. Wir müssen hier wirklich Probleme lösen, speziell auch in der Landwirtschaft. Was machen wir, um unabhängiger zu werden von Energie- und Düngemittelimporten? Was machen wir mit Brachflächen? Stellen wir sie unter Naturschutz, oder nutzen wir sie für die Produktion? Die Diskussion "Tank oder

Teller" schieben wir auch schon seit Jahren vor uns her. Tierhaltung oder Energiepflanzenanbau? Was sollen wir mit der Flächenversiegelung machen?

Es gibt Themen, die können wir hier wirklich inhaltlich diskutieren und auch gerne öf-
ters. Aber nicht so einen Unsinn.

(Beifall bei der FDP)

Herr Stadler, Sie haben gesagt: Es gibt keine Bewegung auf EU-Ebene. Wenn man einen Fehler macht, wird er nicht korrigiert. – Das ist doch falsch. Das sehen wir doch jetzt gerade bei der Farm-to-Fork-Strategie. Das sehen wir beim Green Deal. Der soll ja überarbeitet werden. Der soll ja den aktuellen Geschehnissen, mit denen wir leider konfrontiert werden, angepasst werden. Das soll neu bewertet werden, das soll vor allem auch einer realistischen Folgenabschätzung unterzogen werden. Das ist doch der Weg, den wir gemeinsam gehen müssen. Wir müssen hier doch nicht mit so einfachen Ideen versuchen, irgendwelche Stimmungen zu erzeugen bei Landwirten, die wirklich mehr und auch mehr Respekt verdient haben. Denn die fallen auf so einen Unsinn nicht rein. – Wir werden beide Anträge ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Der jeweils federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/20541 betreffend "Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten I: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf Landesebene stärker in den Fokus nehmen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen

Fraktionen sowie der Abgeordnete Sauter (fraktionslos) und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/20542, betreffend "Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten II: Förderung kleinbäuerlicher Betriebe auf EU-Ebene stärker in den Fokus nehmen", zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen sowie die Abgeordneten Sauter (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Menschen mit seelischer Behinderung besser unterstützen!", Drucksache 18/19802, bekannt. Mit Ja haben 65 gestimmt, mit Nein haben 74 gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)